

Internationaler Club La Redoute Bonn e.V.

60. Club-Brief

April 2020

Liebe Clubmitglieder!

Es ist uns ein Anliegen, mit Ihnen in dieser schwierigen Zeit in Verbindung zu bleiben. Das hat auch unser Präsident Professor Mayer in seinem Ostergruß an Sie unterstrichen. Und deshalb erhalten Sie heute wieder einen Club-Brief. Wir arbeiten daran, neue technische Möglichkeiten wie Video-Schaltungen für unser Vortragsprogramm einzurichten, bis wir unser Programm in vertrauter Form wieder aufnehmen können. Alles Gute für Sie, bleiben Sie gesund.

Ihr *Hubertus von Morri*

Interview mit Vizepräsidentin Ilka Freifrau von Boeselager



Ilka von Boeselager, 1944 im bayerischen Bad Wiessee geboren. Die Tourismus-Unternehmerin war von 1990 bis 2017 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen. Seit Januar 2020 ist sie Vizepräsidentin des Clubs.

Liebe Frau von Boeselager, Sie haben das Amt der stellvertretenden Präsidentin nun seit Januar 2020 inne und ich hoffe, es macht Ihnen Freude und bereichert Ihr Leben. Was hat Sie bewogen, es zu übernehmen?

Gesellschaftliche und politische Themen haben mich mein Leben lang begleitet und interessieren mich auch nach meiner Zeit als aktive Politikerin.

Sicherlich können Sie zum Vorteil des Clubs Ihre weitreichenden beruflichen und persönlichen Erfahrungen und Kontakte einbringen - sehen Sie schon an welchen Stellen?

Im Laufe meines Lebens habe ich viele interessante Persönlichkeiten kennengelernt. Diese Kontakte möchte ich in das Club-Leben einbringen.

Sie verfügen über langjährige politische Erfahrung auf kommunaler, Kreis- und Landesebene, u.a. 27 Jahre als direkt gewählte Landtagsabgeordnete in NRW. Welches war Ihr größter politischer Erfolg?

Im Jahr 1990 wurde ich, weitgehend unbekannt, in einer Kampfabstimmung gegen den damals sehr geschätzten Bür-

germeister aus Meckenheim im Rhein-Sieg-Kreis als Landtagskandidatin aufgestellt. Bei der anschließenden Landtagswahl habe ich mein erstes Direktmandat erhalten. Das Vertrauen der Mitmenschen immer wieder erhalten zu haben, über sechs Legislaturperioden hinweg, das ist mir viel wert, und dafür bin ich sehr dankbar.

Was waren Ihre politischen Schwerpunkte?

Ich war viele Jahre lang Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion im Hauptausschuss und für Europa und Eine-Welt-Politik – und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Landtags. Außerdem habe ich als Mitglied im Verwaltungsrat des WDR mitgearbeitet.

Sie haben eine Kette von Reisebüros im Köln/ Bonner Raum aufgebaut, die jetzt von Ihrer Tochter Kristina Keller als Geschäftsführerin geführt wird. Können Sie absehen, ob Sie und ihre Tochter diese relativ unbeschadet durch die derzeitige Wirtschaftslage manövrieren können?

Nein, die Reisen werden storniert, und die Büros müssen die Provisionen an die Veranstalter zurücküberweisen. In der Krise zeigt sich, dass Gäste, die über die Reisebüros gebucht haben, einen verlässlichen Partner an ihrer Seite haben, der sich auch kümmert, dass die Kundinnen und Kunden wieder gut nach Hause kommen. Der Tourismus wird seine Bedeutung zurückerobern, aber es wird eine Weile dauern.

Ihre politische Heimat ist die CDU – und Sie kennen die drei möglichen Parteivorsitzenden und damit Kanzlerkandidaten aus NRW seit Jahren gut. Würden Sie bitte eine Kurzbewertung für uns vornehmen.

Dr. Norbert Röttgen MdB ist ein begnadeter Redner, kluger Kopf und brillanter Vordenker, sehr international vernetzt. Friedrich Merz ist ebenfalls ein toller Redner, hat große wirtschaftliche Kompetenz und ist sehr durchsetzungsstark. Armin Laschet hat als früherer Minister und jetziger Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen erhebliche Regierungserfahrung, ist sehr ausgleichend und kann gegensätzliche Interessen klug aufeinander zuführen.

Sie sind seit vielen Jahren als Schirmherrin für die Behindertenarbeit der Evangelischen Kirche im Rhein-Sieg-Kreis tätig. Wie beurteilen Sie das vieldiskutierte Bundesteilhabegesetz, das auf der UN-Behindertenrechtskonvention basiert?

Aus der Erfahrung hat sich gezeigt, dass die Integration nur bedingt umsetzbar ist. Es kommt auf die Schwere der Behin-

derungen an. Wichtig ist für jede und jeden – ob mit Behinderung oder ohne Behinderung – die beste Förderung zu ermöglichen, die der Persönlichkeit gerecht wird. Der Kirchenkreis Meckenheim, Swisttal und Rheinbach hat hier über Zustiftungen und gezieltes Handeln einen tollen Ansatz. Es gilt, um Barrieren erfolgreich auszuräumen, grundsätzlich die Variation des Böckenförde-Diktums: Das Gelingen lebt von Voraussetzungen, die formales Handeln nicht allein garantieren kann. Sie ist auf die Aktion in der menschlichen Mitte angewiesen.

Als Mitglied des Verwaltungsrates des WDR haben Sie lange die Ausgabenpolitik des Senders kontrolliert. Die Rundfunkgebühren werden von vielen Menschen als ungerechtfertigt hoch angesehen. Sehen Sie mit Ihrem Einblick hinter die Kulissen

Sparpotentiale?

Die Rundfunkgebühren sind für das, was die Öffentlich-Rechtlichen leisten und anbieten, sehr angemessen. Wir können in der Bundesrepublik froh sein, solche niveaureichen Sender zu haben. Ihres Wertes müssen wir uns in der gesellschaftlichen Dynamik – mit der medialen Konkurrenz, mit der digitalen Revolution – immer neu versichern: gerade im Angesicht von Populismus, interessierter Einflüsterung, falscher Information.

Liebe Frau von Boeselager, ich danke Ihnen für dieses Interview und wünsche Ihnen für Ihre weitere Präsidiumsarbeit viel Erfolg! Das Interview führte Dorika Seib



Prof. Thomas von Danwitz

Aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung

Am 10. Februar sprach Professor Thomas von Danwitz, Kammerpräsident am Europäischen Gerichtshof, über aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs. Die Veranstaltung führten wir gemeinsam mit den Alumni Jura Bonn durch. Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte Christiane Wirtz (rechts auf dem Bild), Journalistin, Staatssekretärin und ehemalige stv. Sprecherin der Bundesregierung. Beteiligte waren: Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Schönfelder, langjähriger Leiter der ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU und Rechtsanwalt Dr. Michael Winkelmüller von der Kanzlei Redeker Sellner Dahs und unser Publikum.

Nicht in Ritualen erstarren

Dr. Felix Klein über Hass gegen Juden , Erinnerungskultur – und was jeder Einzelne tun kann

Am 12. März ahnten wir schon, dass dies die vorerst wohl letzte Clubveranstaltung für einige Zeit sein würde: Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Dr. Felix Klein sprach zum Thema „Neuer Antisemitismus – was tun?“ und stellte sich anschließend in einer Podiumsdiskussion mit dem Chefredakteur des General-Anzeigers Dr. Helge Matthiesen und dem Architekten Prof. Jacoby, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Offenbach, den weiteren Fragen des Publikums. Im Interview mit dem Chefredakteur (General-Anzeiger vom 27. März), warnt er vor einem Erstarken des Antisemitismus. Und er mahnt, dass jeder Diskriminierung und Gewalt entschieden entgegen treten muss. Denn für die Opfer sei das Schweigen und das Wegschauen der anderen genauso schlimm wie der Angriff selbst.

Die Juden und die Pest, das ist ein uraltes antisemitisches Thema: Welche Rolle spielen solche Verschwörungstheorien rund um die Corona-Krise?

In Krisenzeiten sind Menschen immer besonders anfällig für Irrationalität. Es ist erschreckend, aber nicht verwunderlich, dass in der jetzigen Corona-Krise auf der Suche nach angeblich Schuldigen wieder alte antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet werden, wie wir sie aus den Zeiten der Pestepidemien kennen.

Was beobachten Sie da genau?

In den sozialen Medien werden derzeit völlig absurde Behauptungen in Umlauf gebracht. Die Rede ist etwa von jüdischen Gewinnen aus einem möglichen Impfstoff, von Israel entwickelten Biowaffen oder dem jüdischen Versuch, den Anteil von Muslimen an der Weltbevölkerung zu reduzieren.

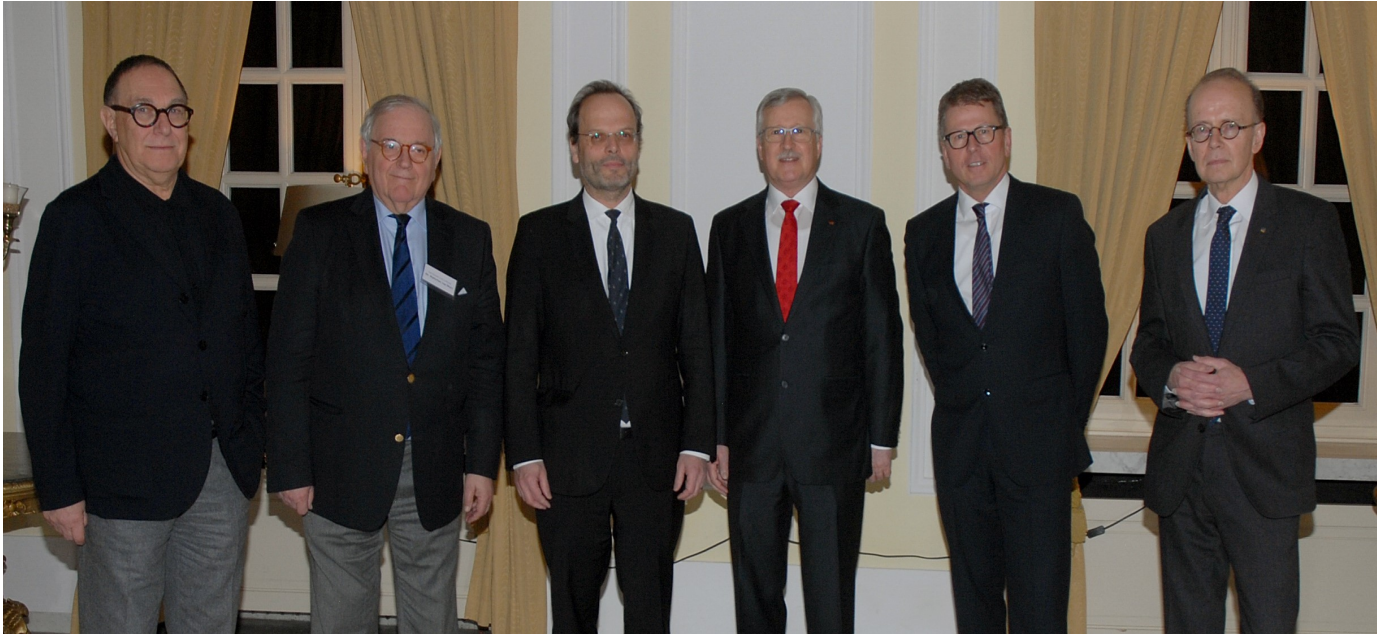
Wie gehen Sie dagegen vor?

Wir müssen diese Falschmeldungen durch Gegenrede mit

faktenbasierter Aufklärung entlarven. Die Medien spielen dabei eine wichtige Rolle. Darüber hinaus rufe ich jede und jeden einzelnen auf, derartige Inhalte den Betreibern der Plattformen zu melden sowie Anzeige zu erstatten. Sobald das geplante Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet in Kraft tritt, haben wir verbesserte Möglichkeiten, strafrechtlich dagegen vorzugehen.

Antisemitismus ist nicht zuletzt nach dem Anschlag in Halle wieder im Fokus. Sind all die Bemühungen der zurückliegenden Jahrzehnte eigentlich gescheitert?

Ich glaube, wir haben in Deutschland zu lange gedacht, dass wir immun sind gegen solche Entwicklungen. Unsere Erinnerungskultur ist im internationalen Vergleich gewiss etwas Besonderes. Dennoch sehen wir gerade in der jüngeren Vergangenheit verstärkt, dass es eben nicht reicht. Wir können uns nicht ausruhen. Es bleibt eine fortwährende und immer wieder neue Aufgabe, an der Bekämpfung des Antisemitismus zu arbeiten. Insofern ist die Einrichtung meines Amtes 2018 schon ein Paradigmenwechsel. Es ist



Prof. Alfred Jacoby, Generalsekretär Dr. Hubertus von Morr, Dr. Felix Klein, Christian M. Schlaga, Dr. Helge Matthiesen, Univ.-Prof. Dr. Tilman Mayer

ein ehrliches Zeichen der Politik, dass es trotz aller Maßnahmen, die wir ergriffen haben, letztlich doch nicht genügt. Wir müssen unsere Ansätze überprüfen. Wir brauchen eine neue Gesamtstrategie gegen Antisemitismus. Daran arbeite ich jetzt.

Die Rückkehr des offenen Antisemitismus, von der Sie sprechen, wie ist es dazu gekommen?

Antisemitismus war nie wirklich verschwunden, nur verdeckt. Dass antisemitische Haltungen nun wieder offen geäußert werden, war ein schleichender Prozess. Es gibt zwei markante Ereignisse, die dies verdeutlichen. Da war zunächst die Beschneidungs-Debatte im Jahr 2012. Da hat man in Leserbriefen und Diskussionsbeiträgen im Internet gesehen, wie stark der Antisemitismus noch vorhanden ist. Es äußerten sich plötzlich Menschen, die offenbar schon immer antisemitisch dachten, sich aber bis dahin nicht getraut haben, das auch öffentlich zu zeigen. 2014 begann die Israel-Gaza-Operation. Da kamen die Angriffe von islamistischer Seite. Es wurde „Juden ins Gas“ in Deutschland auf der Straße gerufen, oft ohne dass die Polizei eingeschritten ist. Das sind die Hauptereignisse, die sich auch gegenseitig verstärkten. Die Grenzen des Sagbaren haben sich insgesamt verschoben.

Welche Rolle spielt dabei die AfD, aus deren Reihen ja immer wieder antisemitische Töne kommen und die jetzt vom Verfassungsschutz stärker in den Blick genommen wird?

Die Angriffe führender Politiker der AfD auf die Erinnerungskultur haben sicherlich Antisemitismus ausgelöst. Dazu gehört die Relativierung des Holocaust und der NS-Herrschaft. Hinzu kommt, dass die AfD sehr problematische Positionen gegenüber dem jüdischen Leben vertritt. Das gilt zum Beispiel für das rituelle Schächten. Das will die AfD verbieten. Orthodoxen Juden würde es dadurch aber unmöglich werden, in Deutschland Fleisch zu essen.

Wir haben den Anschlag von Halle und den Anschlag in Hanau, bei dem es auch um eine Minderheit und um Rassismus ging. Reicht es denn, allein vom Antisemitismus zu sprechen?

Ich sehe, dass Abwertung von Minderheiten oder ganz allgemein von Erscheinungen, die vom vermeintlichen Mainstream abweichen, in Teilen der Gesellschaft zunehmend auf Sympathie trifft. Man muss Antisemitismus paradigmatisch verstehen. Wenn wir Erfolge erzielen im Kampf gegen den Antisemitismus, erzielen wir auch Erfolge bei der Bekämpfung anderer Formen der Diskriminierung. Denn wer Antisemit ist, hasst in der Regel auch Muslime, Frauen oder Homosexuelle – so wie der Attentäter von Halle. Ein Beispiel dafür ist ein neuer Straftatbestand, der das demonstrative Zerstören einer Fahne unter Strafe stellt. Ausgangspunkt war das Verbrennen einer Israel-Fahne am Brandenburger Tor. Das konnte nicht bestraft werden, was auf Unmut stieß. Jetzt werden alle ausländischen Fahnen geschützt. Hier wird deutlich, dass Erfolge in der Bekämpfung von Antisemitismus weit über diesen hinausreichen.

Nach Anschlägen haben wir immer Warnungen, Mahnungen, Appelle, die man schon lange kennt. Reichen die oder muss nicht endlich Konkretes geschehen?

Es reicht sicher nicht. Wir müssen das Strafrecht weiter anpassen und schärfen; Dinge regeln, die früher nicht nötig waren, weil es einen gesellschaftlichen Konsens gab, dass man so etwas nicht tut. Bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet sind wir auf einem guten Wege. Die Betreiber von Plattformen werden verpflichtet, die Adressen von Nutzern zu melden, die so etwas verbreiten. Wir müssen letztlich dahin kommen, dass hier die gleichen Regeln gelten wie für Zeitungen auch. Die sind verantwortlich für das, was erscheint, und so muss es im Internet auch werden.

Und jenseits der Verfolgung – was ist Ihnen besonders wichtig?

Der zweite wichtige Punkt ist die Erinnerungskultur. Sie darf nicht in Ritualen erstarren, bei denen die Honoratioren einer Stadt zusammenkommen, ein Kranz wird abgelegt und es gibt Reden. Viele Menschen haben das Gefühl, das gehe sie gar nichts an. Wir müssen Empathie vermitteln, das Gefühl ansprechen. Wir müssen außerdem jüngere

Menschen adressieren – völlig unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht – und ihnen deutlich machen, dass es egal ist, wo ihre Großeltern herkommen. Es gehört zum Rüstzeug des Erwachsenwerdens in unserem Land dazu, die Geschichte Deutschlands zu verstehen. Dazu gehört die Selbstverständlichkeit, die Tatsache des jüdischen Lebens in Deutschland zu akzeptieren. Das ist ein Gradmesser für das Gelingen von Integration. Das müssen wir stärker einfordern.

Welche Rolle spielt Schule, spielt Bildung dabei insgesamt?

Wir müssen davon wegkommen, beim Thema Drittes Reich allein über die Verfolgung der Juden zu sprechen. Dadurch werden Juden immer nur als Opfer wahrgenommen, die keine Handlungsoption hatten. Jüdisches Leben ist aber seit Jahrhunderten in Deutschland präsent und hat mit Künstlern, Unternehmern, Wissenschaftlern zur Stärke unseres Landes beigetragen. Daran müssen wir erinnern. Auch jüdisches Leben heute ist wichtig. Es wird ja gerne so getan, als hätte das 1945 einfach aufgehört. Darüber gilt es besser aufzuklären. Auch über die Geschichte des Staates Israel wird zu wenig vermittelt. Der israelbezogene Antisemitismus ist ein großes Problem. Ich bin sehr froh, dass wir es heute mit jüdischen Gemeinden zu tun haben, die sehr viel mehr als früher bereit sind, sich zu öffnen, um zu dieser Aufklärung beizutragen. Im nächsten Jahr ist dazu besondere Gelegenheit, weil wir dann 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland begehen werden. Das bezieht sich übrigens auf die erste Erwähnung einer jüdischen Gemeinde im damals römischen Köln im Jahr 321.

Was kann der Antisemitismusbeauftragte konkret bewirken?

Ich treibe das Thema voran. Bei Gesetzgebungsverfahren zum Beispiel. Die Verschärfung des Paragraphen 46 im Strafgesetzbuch geht auf meine Initiative zurück. Da werden antisemitische Motive als Grund benannt, eine Strafe härter ausfallen zu lassen. Mein Mandat ist es, solche Anstöße zu geben. Hinzu kommt die Aufgabe, Menschen zu vernetzen und eine zusammenhängende Gesamtstrategie zu erarbeiten. Dafür kann ich auf die Zuarbeit aller Bundesministerien zählen. Die Gründung der Bund-Länder-Kommission zum Antisemitismus – die meisten Kompetenzen in diesem Feld liegen bei den Ländern – habe ich mir zur Aufgabe gemacht. Inzwischen haben wir in 15 der 16 Länder einen Antisemitismusbeauftragten.

Viele fragen sich, was sie selbst tun können, um dem wachsenden Antisemitismus zu begegnen. Was raten Sie? Was wünschen sich die Betroffenen?

Wenn jemand antisemitische, jüdenfeindliche Sprüche macht oder Verschwörungstheorien verbreitet, dann sollte jeder sich aufgerufen fühlen, das nicht hinzunehmen. Manchmal muss man auch den Mut haben, die Harmonie einer Feier zu stören und offen widersprechen. Campino zum Beispiel hat das großartig gemacht bei der Echo-Preisverleihung. Das andere ist, Interesse zu zeigen für das jüdische Leben. Man kann in die Synagoge gehen,



Zur Person

Felix Klein wurde in Darmstadt geboren. Der 52-Jährige studierte Rechtswissenschaften in Freiburg, Berlin und

London. Von 1994 bis 1996 absolvierte er seine diplomatische Ausbildung beim Auswärtigen Amt in Bonn. Im Mai 2018 berief die Bundesregierung Klein schließlich zum Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Konzerte besuchen, Anteil nehmen am jüdischen Leben und damit die Vielfalt hier in Deutschland wahrnehmen. Bei einem Angriff muss man natürlich in jedem Fall etwas tun. Betroffene sagen, das Schweigen und Wegschauen der anderen sei genauso schlimm wie der Angriff selbst.

Es gibt Unsicherheit, was Antisemitismus eigentlich ist. Es gibt viele Strömungen von Boykottbewegungen bis zu Holocaustleugnern. Wie kann sich jeder orientieren?

Es muss absolut klar sein, dass auch Deutsche Handlungen der israelischen Regierung kritisieren dürfen. Es gibt eine Definition, die besagt, dass es immer dann um Antisemitismus geht, wenn Juden als ein Kollektiv verstanden werden, weil sie Juden sind und dann negative Eigenschaften zugeschrieben bekommen. Beispiel: Man kann deutsche Staatsbürger, die zugleich Juden sind und hier leben, nicht für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich machen. Diese Gleichsetzung ist falsch.

Wenn Betroffene zur Polizei gehen, um Antisemitismus anzuzeigen, klagen sie oft darüber, nicht ausreichend mit ihren Anliegen durchzudringen. Wie beobachten Sie das?

Es hat in den letzten Monaten skandalöse Entscheidungen und Fehlurteile der Justiz im Umgang mit Antisemitismus gegeben. In Berlin ist ein Täter mit einem großen Messer auf die Synagoge an der Oranienburger Straße zugelaufen und hat die Polizisten dort bedroht. Er hat dabei Israel wüst beschimpft. Das war klar antisemitisch – und einen Tag später war er schon wieder auf freiem Fuß. Das kann nicht sein. In NRW gab es im Europawahlkampf Plakate der Partei Die Rechte, auf denen stand, „Israel ist unser Unglück – Zionismus stoppen“. Das Verfahren wurde mit Verweis auf die Meinungsfreiheit eingestellt. So etwas liegt an mangelnder Sensibilisierung der betreffenden Richter und Staatsanwälte. Bayern hat jetzt entschieden, dass alle Anzeigen wegen Antisemitismus verfolgt werden müssen. In NRW ist es gut, dass in den Generalstaatsanwaltschaften Antisemitismusbeauftragte ernannt worden sind. Damit bekommen wir ein Kompetenzzentrum.

Sie haben noch viel zu tun.

Eigentlich arbeite ich daran, mich überflüssig zu machen.

Ausblick auf die nächste Veranstaltung

12.05.2020 19:30 Uhr: Michaela Wiegel, FAZ-Korrespondentin in Paris (Videokonferenz)

Über Details zur Übertragung mit zoom und Ihre Teilnahmemöglichkeiten informieren wir in der in Kürze folgenden Einladung!

Herausgeber

Internationaler Club La Redoute, Bonn e. V.
Kurfürstenallee 1
53177 Bonn
Telefon 0228 353858
Telefax 0228 359189
Mail: internationalerclub_bonn@t-online.de
Web: www.intclubredoutebonn.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Hubertus von Morr

Gestaltung:
Patricia Krischer